



Unter anderem Vertreter der bunten Koalition, Grünen-Fraktionschefin Margit Kunc (links) und Horst Meierhofer (FDP), Dr. Klaus Rappert (SPD) und Ludwig Artinger (Freie Wähler, von rechts), stellten sich den Fragen von Andrea Fiedler und Josef Pöllmann. Fotos: Lex (2)/MZ-Archiv/altrofoto.de

Stadträte bitten OB: „Tritt zurück“

DISKUSSION Die Kommunalpolitiker hatten im Presseclub eine klare Botschaft an Joachim Wolbergs. Die Hängepartie empfinden sie als Dilemma.

VON JULIA RIED, MZ

REGENSBURG. Dass sich Grüne und CSU im Regensburger Stadtrat einig sind, kommt selten vor. Am Donnerstag im Presseclub sprachen die beiden Parteien aber in der Frage, was sie jetzt Oberbürgermeister Joachim Wolbergs sagen würden, wenn sie ihn trafen, mit einer Stimme. „Tritt zurück“, lautete die Antwort von Grünen-Fraktionschefin Margit Kunc. „Das Gleiche“ würde ihm CSU-Stadtrat Dr. Franz Rieger sagen. Josef Pöllmann und Andrea Fiedler von der MZ moderierten die Podiumsdiskussion „OB in Haft – Wie geht es weiter in Regensburg?“, in deren Verlauf auch die Vertreter von SPD, Freien Wählern, FDP und ÖDP erkennen ließen, dass sie die aktuelle Hängepartie im Rathaus als Dilemma empfinden.

Erklärter Wille der Koalition ist es, gemeinsam weiterzuarbeiten – zumindest in einer „Übergangsphase“, wie Margit Kunc es formulierte. Stillstand dürfe es nicht geben, ein Rücktritt des Stadtrats sei nicht möglich. Ludwig Artinger (Freie Wähler) forderte, spätestens wenn die aktuelle Haftbeschwerde des OB erfolglos bleibe, müsse er zurücktreten: „Da muss der Druck auf ihn erhöht werden. Völlig undenkbar ist für mich ein Schwebezustand etwa bis zur nächsten Kommunalwahl.“ Dass der OB in absehbarer Zeit sein Amt aufgeben, sei nicht realistisch, sagte Horst

SO KÖNNTE DIE HÄNGEPARTIE IN DER STADT ENDEN

► **Rücktritt:** Der Rücktritt des Oberbürgermeisters ist ohne Nennung von Gründen möglich. In einem solchen Fall beschließt der Stadtrat die Entlassung zum beantragten Zeitpunkt.
 ► **Urteil:** Im Fall eines Urteils zu einer Haftstrafe von mindestens sechs Monaten wegen Bestechlichkeit würde der Oberbürgermeister kraft Gesetzes aus dem Amt scheiden.

► **Disziplinarmaßnahme:** Falls die Landes-anwaltschaft Disziplinar-klage einreicht, würde das Verwaltungsgericht über eine endgültige Dienstenthebung entscheiden.
 ► **Rückkehr:** Grüne und Freie Wähler sagen derzeit, die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit sei entfallen. FDP und SPD beschränken sich darauf, dem OB einen Rücktritt nahe-zulegen.

Meierhofer (FDP). „Ich rechne mit – in Anführungszeichen – dem Schlimmsten. Dass es tatsächlich noch ein, zwei Jahre so weitergeht.“ Benedikt Suttner (ÖDP) forderte vehement, die Koalition aufzubrechen, damit die einzelnen Stadträte ihre Kontrollfunktion ausspielen und sachorientiert zusammenarbeiten könnten. „Jetzt ist der Zeitpunkt zu sagen: Wir reden alle miteinander.“

Vorschlag: Klare Regeln für Flächen

Suttners Vorschlag fand keine Zustimmung. Doch nannten die Koalitionäre Ideen, wie der Stadtrat unrechtmäßige Absprachen so schwer wie möglich machen könnte. Margit Kunc sagte: „Meine Top-Maßnahme wäre, ganz klare Regularien aufzustellen, wie man mit Flächen in Regensburg umgeht.“ Denkbar sei auch, dass die Stadträte sich in Zukunft selbst um städtebauliche Verträge kümmern, anstatt die Ausarbeitung der Verwaltung zu überlassen. Heute gilt für die FDP Meierhofer zufolge: „Solche Konzeptaus-schrei-

bungen würde ich definitiv nie mehr mitmachen.“ Im Nachhinein seien die Kriterien vermutlich „zu schwammig“ gewesen. Der neue SPD-Fraktionschef Dr. Klaus Rappert forderte: „Wir müssen den Umgang mit den Bauträgern neu bewerten.“ Die staats-anwaltschaftliche Presseerklärung deutete darauf hin, „dass die Bauträger zur Stadt gehen und sagen, was sie wollen, und dann versucht die Stadt, das umzusetzen“. „Das darf es nicht geben. Das muss umgekehrt sein.“

Hitzig diskutierten die Stadträte die Frage „Wie konnte das passieren?“. Riegers Standpunkt war: Für die Koalition sei auf einer Verwaltungsvorlage eindeutig erkennbar gewesen, dass die Vergabe von Grundstücken auf dem Areal der ehemaligen Nibelungenkaserne 2014 falsch gelaufen sei. „Ich glaube, die ganze bunte Koalition war im Macht-rausch.“

Vertreter der Koalition hielten dagegen. „Es war eine von drei

möglichen, aber eine vertretbare Entscheidung“, sagte Artinger. „Dass da neben jemand eine Bazi-Abrede getroffen hat, hat natürlich keiner gewusst.“ „Man konnte aus unserer Sicht zu dem Ergebnis kommen, dass das Tretzel-Angebot das beste ist“, erklärte Meierhofer. Er warf CSU-Stadtrat Christian Schlegl vor, nicht Alarm geschlagen zu haben. Schlegl sagte nach unseren Informationen bei der Polizei aus, Norbert Hartl von der SPD habe ihm 2014 gesagt, die Nibelungenkaserne sollte Herr Tretzel bekommen, weil der Jahn Geld braucht. Heute sagt Schlegl, ihm wäre damals – ohne Zeugen – nicht geglaubt worden. Er habe die Vergabe „mit allen möglichen demokratischen Mittel bekämpft“, etwa in nichtöffentlicher Sitzung des Stadtrats auf problematische Punkte hingewiesen.

Falsche Informationen bekommen

Rappert führte aus, aus seiner Sicht stelle sich heute manches anders dar. So sagte er zur Einstellung eines früheren Mitarbeiters von Volker Tretzel als Technischer Leiter bei der Stadtbau: „Ich bin damals nicht mit der richtigen Information bedient worden, was die Person des Mitarbeiters angeht.“ Es habe geheißsen, der Mann sei „in Unfrieden“ aus dem Unternehmen geschieden. Rappert und Meierhofer rieten Rieger, sich mit Blick auf die Entwicklung der CSU in den Korruptionsskandal mit Angriffen zurückzuhalten. „Jeder sollte vor seiner eigenen Tür kehren“, sagte Rappert.

Rieger konterte: „Wir haben einen schmerzlichen Trennungs- und Erneuerungsprozess in der CSU durchgeführt.“ Alt-OB Hans Schaidinger sei immer ein Einzelspieler gewesen, sagte Rieger. Deshalb sage er nun mit gutem Gewissen: „Wir haben da nichts mitbekommen.“



„Der neue Oberbürgermeister muss einen Sonderermittler einsetzen.“

DR. FRANZ RIEGER, CSU



„Das macht mich echt erobst, dass das Thema Konzeptaus-schreibung verbrannt ist.“

BENEDIKT SUTTNER, ÖDP